

## Die Fraktion informiert

### Fraktion OWG-UWG

Fraktionsgeschäftsführer  
Winfried Osthoff

+ 49 2171 743625  
+ 49 2171 743640

### **Beitrag von Ratsmitglied Michael Schmidt (Freie Wähler OWG-UWG) zum Antrag Bürgerhaushalt in der Ratssitzung am 8.12. 2008**

Kölner Straße 72;  
51379 Leverkusen

info@OWG-UWG-Leverkusen.de  
<http://OWG-UWG-Leverkusen.de>

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was ist der Ausgangspunkt des Antrags der Freien Wähler OWG-UWG, den Haushalt unserer Stadt künftig als Bürgerhaushalt aufzustellen und zu beraten?

Ausgangspunkt unseres Antrags ist die Tatsache, dass sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger von Politik entfernen - wir alle kennen die immer niedriger werdende Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen. Unsere Auffassung ist: der Vertrauensverlust kann nur aufgehalten werden, indem Bürgerinnen und Bürger mehr in die Gestaltung des Gemeinwohls miteinbezogen werden.

Die Idee des kommunalen Bürgerhaushaltes ist das erfolgreichste Partizipationsinstrument der letzten 15 Jahre. Diese Form der Bürgerbeteiligung breitete sich in den letzten Jahren gleichzeitig in mehreren Ländern Europas aus. Die Zahl der Anwendungsbeispiele liegt bis heute bei 50 Kommunen in Deutschland; dazu gehören auch Städte wie Berlin, aber auch mittlere Städte wie Hilden. Etliche Kommunen, darunter Mainz und Bremen, diskutieren derzeit die Einführung eines Bürgerhaushalts.

Auch in unserer Nachbarstadt Köln gibt es ein internetgestütztes Verfahren zum Bürgerhaushalt: erst vor einigen Wochen hat OB Schramma bei einer Rechenschaftsveranstaltung allen Beteiligten für ihr Engagement gedankt. Aus tausenden von Vorschlägen wurden von den fast 400 TOP-Bürgervorschlägen der Bereiche "Straße, Wege, Plätze", "Grünflächen" und "Sport" ein Fünftel bereits umgesetzt. 43 Prozent werden nun Schritt für Schritt folgen. Aus rechtlichen und sachlichen Gründen hat der Rat lediglich 91 Vorschläge abgelehnt.

Wichtigster Bestandteil des Leitbilds Bürgerkommune ist es, bürgerschaftliches Engagement nicht nur als soziales und karikatives Ehrenamt zuzulassen bzw. zu fördern, sondern ausdrücklich mit Mitwirkungs- und Teilhaberechte auszustatten.

Zwar kann jeder Bürger durch Einsicht in den Haushaltsplan erkennen, wofür Geld ausgegeben wird. Der Haushaltsplan wird jedoch von Fachleuten für Fachleute geschrieben, so dass die Informationen oft wenigen Eingeweihten vorbehalten bleiben.

Obgleich sich ja auch unsere Stadt, ich glaube auch Herr Küchler persönlich das Leitbild Bürgergesellschaft auf die Fahne geschrieben hat, ist die - doch reichlich schwache - Stellungnahme der Verwaltung zu unserem Antrag umso erstaunlicher. Offensichtlich ist seitens der Verwaltung nicht begriffen worden, dass bei dem Bürgerhaushalt nicht das Signal gegeben werden soll, Verteilungspotentiale zu erfinden, - es geht um Bürgerbeteiligung.

Mit dem Projekt des Bürgerhaushaltes werden mehr Transparenz und neuer Schwung für die Haushaltsberatungen, auch durch unbürokratische Vorschläge, angestrebt. Ziel ist es, das Verständnis und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für wichtige Weichenstellungen Leverkusens zu verbessern, aber auch - entgegen der Haltung der schriftlichen Stellungnahme der Verwaltung - Verständnis für Sparzwänge zu entwickeln. So titelte die Zeitschrift "Die Zeit" zu Recht in einem Beitrag über den Bürgerhaushalt: "Weil die Gemeindekassen leer sind, fragen immer mehr Kommunalpolitiker ihre Bürger, wo man sparen könnte".

Der Bürgerhaushalt stellt eine neue Qualität der Beteiligung dar, die insbesondere durch die Rechenschaftslegung über den Umgang mit den Vorschlägen der Bürger erreicht wird.

Der frühere Innenminister Fritz Behrens hat bei der seinerzeitigen Einführung der Bürgerhaushalte in 6 Projektkommunen im Jahre 2002 den Sinn eines Bürgerhaushaltes sehr schön formuliert: " Bisher gehen viele kreative Ideen von Bürgerinnen und Bürgern verloren. Der Bürgerhaushalt bietet die Chance, die Distanz zwischen den Menschen und der Verwaltung zu verringern".

Helfen wir heute mit einem positiven Beschluss als Leverkusen Rat für den Bürgerhaushalt mit, dass die Distanz zwischen der Bürgerschaft, der Politik und der Verwaltung eine Chance bekommt, kleiner zu werden.

